

## Rede zum Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Weiterentwicklung der beruflichen Schulen in Hessen“

Rede, 04.06.2003

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit Erstaunen, aber auch mit ein wenig Genugtuung nehmen wir als Mehrheits- und Regierungsfraktion zur Kenntnis, dass uns die oppositionelle sozialdemokratische Fraktion bei der raschen Umsetzung unseres Wahlprogrammes bzw. des von Ministerpräsident Roland Koch vorgestellten Regierungsprogrammes helfend zur Seite stehen will.

Sie dokumentieren damit aber auch, dass unsere programmatische Zielvorgabe, die beruflichen Schulen in Hessen in Verbindung mit den Ausbildungszentren der Wirtschaft und freier Träger zu regionalen Berufsbildungszentren mit mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit auszubauen, richtig und zukunftsweisend ist.

Entscheidungen werden zukünftig verstärkt vor Ort getroffen. Dadurch können die beruflichen Schulen besser ein eigenes Profil entwickeln und die erweiterten Gestaltungsfreiräume und die damit verbundene Wettbewerbssituation wird die Qualität der Schulen nachhaltig verbessern.

Allerdings erwecken sie mit ihrem Antrag aber auch den Eindruck, auf dem Gebiet der Stärkung der Selbstverantwortung und Weiterentwicklung zu mehr Eigenständigkeit der beruflichen Schulen bzw. der Schulen allgemein hätte die CDU bisher nichts bewegt bzw. benötige ihre Aufforderung.

Dies ist natürlich nachweislich falsch, und das wissen sie auch!

Ich will an dieser Stelle nur stichwortartig und beispielhaft auf einige wenige Punkte verweisen:

durch Schulprogramme und Evaluation haben die Schulen bereits heute eine stärkere pädagogische Eigenverantwortung

- die aktive Beteiligung und der Einfluss auf Personalentscheidungen haben die Selbständigkeit nachhaltig verbessert
- durch Budgetübertragungen erhalten die Schulen in eigener Kompetenz deutlich größere Gestaltungs- und Entscheidungsfreiräume, die zur verstärkten Eigenprofilierung genutzt werden können
- die Übertragung von „finanziellen Mitteln statt Stellen“ hat ebenfalls bereits heute nachhaltig zur Förderung der Selbständigkeit der Schulen beigetragen.

Des Weiteren verweise ich auf den Pilotversuch „Gemeinsame Verantwortung für Bildung und Erziehung in Schulen der Bildungsregion Groß Gerau“, der unter anderem auch auf mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung ausgerichtet ist.

In diesem Pilotversuch sind übrigens auch zwei berufliche Schulen vertreten.

Zum weiteren verstärkten Ausbau der Selbstverantwortung an beruflichen Schulen befindet sich der Schulversuch „Selbstverantwortung plus“, der auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Roland Koch thematisiert worden ist, in der Vorbereitungsphase.

Bei all diesen richtungsweisenden Vorhaben, die neben der Stärkung der Selbstverantwortung und Selbständigkeit der beruflichen Schulen auch eine Qualitätsverbesserung zur Folge haben werden, ist allerdings kein, wie von Seiten der SPD gefordertes übereiltes „Hauruck – Verfahren“ gefragt.

Damit berufliche Schulen ihre Zielvorgabe des eigenverantwortlichen Handelns in regionalen Berufsbildungszentren der Aus- und Weiterbildung erfüllen können, ist ein solides und durchdachtes, an den Erfordernissen einer modernen Bildungspolitik orientiertes Handeln erforderlich.

Die notwendige stärkere Förderung der Berufsschulen muss nicht, wie in ihrer Antragsbegründung formuliert, unverzüglich in Angriff genommen werden, denn sie ist bereits richtungsweisend, mit klaren Zielvorgaben versehen, auf den Weg gebracht worden.

Wir führen, entgegen ihrer Meinung, keine perspektivischen Diskussionen, sondern wir handeln.

Ihr Antrag, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der SPD-Fraktion, ist in der vorgelegten Form wenig hilfreich und daher auch nicht notwendig.

Der vorgelegte Antrag der FDP-Fraktion spiegelt in seiner Grundintention ebenfalls die programmatische Zielvorgabe des Regierungsprogramms, die beruflichen Schulen in Hessen zu regionalen Berufsbildungszentren der Aus- und Weiterbildung auszubauen, wider.

Im Gegensatz zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion sind allerdings bereits konkrete Schritte aufgeführt mit deren Hilfe die gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen für die angestrebte Weiterentwicklung der beruflichen Schulen in Hessen geschaffen werden sollen.

Ich gehe davon aus, dass Frau Kultusministerin Wolff zu den von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung der Zielvorgabe anschließend noch Stellung beziehen wird.

Ich will daher von meiner Seite nur wenige kurze Anmerkungen tätigen. Inhaltlich vertiefend können wir die einzelnen Punkte im kulturpolitischen Ausschuss diskutieren.

Zum ersten Spiegelstrich – Einrichtung einer Experimentierklausel – habe ich bereits auf den Pilotversuch „Gemeinsame Verantwortung für Bildung und Erziehung in Schulen“ und den in der Vorbereitungsphase befindlichen Schulversuch „Selbstverantwortung plus“ verwiesen.

Die Einrichtung einer Experimentierklausel im Schulgesetz ist ein nächster möglicher Schritt.

Die Aufhebung der Aufteilung in innere und äußere Schulverwaltung muss unter Berücksichtigung und Einbeziehung der kommunalen Schulträger näher beleuchtet werden.

Die Weiterentwicklung der Fachaufsicht der staatlichen Schulämter steht in einem engen Zusammenhang mit der neuen angestrebten Aufgabenstellung und der damit verbundenen Kompetenzerweiterung der Schulleitungen.

Die Neudefinition von Schulbezirksgrenzen, Spiegelstrich vier, darf nach meiner Auffassung nicht ausschließlich als regionale Strukturmaßnahme gesehen werden. Hier spielen auch andere, entscheidende Vorgaben eine wichtige Rolle.

In welcher Form eine Überprüfung der Rechtsform der beruflichen Schulen als nicht rechtsfähige öffentliche Anstalt erfolgen kann, muss näher geprüft werden.

Und, sechster und letzter Spiegelstrich, die Einbindung der beruflichen Schulen in das Weiterbildungsgesetz kann im Sinne von „mehr Verbindlichkeit“ als bisher schon im Weiterbildungsgesetz verankert, durchaus überlegenswert sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
ich komme zum Schluss meiner Ausführungen und stelle als langjähriger Berufsschullehrer mit Freude fest, dass die beruflichen Schulen in Hessen verstärkt und zu Recht den Stellenwert innerhalb unseres Bildungssystems erhalten, der ihnen nach meiner Auffassung und meinen Erfahrungen auch uneingeschränkt zusteht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.